## Preußische Gesetzsammlung

1929

Ausgegeben zu Berlin, den 18. Januar 1929

Mr. 2

2	Lag	#od	seite
9.	1.	29.	Barthe-Nege-Bruch-Gefet
11.	1.	29.	Geses zur Abanberung des Preußischen Wohnungsgesehes vom 28. März 1918 n der Fassung des Geses vom 4. Februar 1927
11.	1.	29.	Gefet gur Anderung bes Gesets über bie Form ber Auflassung vom 13. Mai 1918
13.	1.	29.	Geseh über die Bereitsteslung von Staatsmitteln zur verstärften Förderung von Magnahmen ber wertsichaffenden Arbeitslosenfürsorge
Be	fani	ntma	chung ber nach bem Gesetze vom 10. April 1872 burch bie Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urfunden usw

(Rr. 13395.) Barthe-Rege-Bruch-Gefeg. Bom 9. Januar 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen: 30 vod tim dialoggen llog gnussikult sick (2)

§ 1.

- (1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur Verbesserung der Wasserbrüknisse im Warthe-Netze-Bruch als nicht rückzahlbare Beihilfen 4717 555 Reichsmark zu verwenden, wenn die beteiligten Provinzen nicht rückzahlbare Beihilfen von 3 346 395 Reichsmark leisten.
- (2) Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Finanzminister bestimmen im Einvernehmen mit dem Provinzialausschusse, welche Maßnahmen mit diesen Mitteln zu fördern sind.

\$ 2.

- (1) Der Finanzminister wird ermächtigt, die im § 1 bewilligten Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen.
- (2) Die Schuld ist in der Weise zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Hundert des aufgenommenen Schuldkapitals und die ersparten Zinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld oder zur Verzechnung auf bewilligte Kredite verwendet werden. Als ersparte Zinsen sind 5 vom Hundert der zur Tilgung der Schuld aufgewendeten oder auf bewilligte Kredite verrechneten Beträge anzusetzen.

(Gefetziammil. C. 23) in der Golu. Boto Gefebes bom

Im Gebiete des Warthe-Nethe-Bruches kann in der Zeit bis zum 1. Januar 1935 von den Borschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Gesetzsamml. S. 53) in der in den §§ 4 bis 9 vorgesehenen Weise abgewichen werden.

\$ 4.

Deichberbände können somohl zur Abwendung gemeiner Gefahr als auch zur Förderung der Landeskultur ohne Zustimmung der Beteiligten gebildet werden.

Das parlichende, were Bereding beichliches Beieb mier diermit verländen. Die verfallunge

Wenn Deichverbände gehildet werden sollen, um die Anlagen eines bestehenden Deichverbandes zu erweitern und auf nicht zu diesem Deichverbande gehörende Grundstücke auszudehnen (§ 295 Nr. 4 des Wassergesetzes), so genügt hinsichtlich der zu dem bestehenden Deichverbande gehörenden Grundstücke die Anhörung des Vorstandes und, wenn ein solcher besteht, des Ausschusses.

8 6.

Deichberbände können auch ohne Bilbung eines neuen Verbandes auf weitere Grundstücke ausgedehnt werden. Die Vorschriften der §§ 4 und 5 gelten entsprechend.

Bierzehnter Tag nach Ablauf bes Ausgabetags: 1. Februar 1929. Gesetziammlung 1929. (Nr. 13395—13398.) § 7.

Bei der Bildung ober Ausdehnung von Deichverbänden entscheiden über das Borhandensein ber Borquesetungen des Beitrittszwanges im Streitfalle der Regierungspräfident und auf die Beschwerbe der Minister für Landwirtschaft, Domanen und Forsten. Das gleiche gilt, wenn ein Deichverband sich weigert, die Eigentümer von Grundstücken aufzunehmen.

Der Regierungspräsident kann eine Anderung der Satung eines Deichverbandes erlaffen, nachdem der Deichvorstand und, wenn ein Ausschuß besteht, dieser gehört sind. Dies gilt auch, wenn burch die Anderung ein neuer Berbandszwed eingeführt wird. Die Ubernahme von Folgeeinrichtungen barf in der Satung nur mit Zustimmung des Deichvorstandes und, wenn ein Musschuß besteht, nur mit Zustimmung des Musschuffes vorgesehen werden.

\$ 9.

- (1) Der Regierungspräsident kann einen Deichverband und eine Wassergenoffenschaft, nachdem er den Borstand und, wenn ein Ausschuß besteht, diesen gehört hat, auflösen, wenn eine neue Körperschaft gebildet wird, deren Zwede die Zwede der aufzulösenden Körperschaft umfaffen.
- (2) Die Auflösung soll zugleich mit der Genehmigung oder dem Erlaffe der Satzung der neuen Körperschaft verfügt werden.
- (3) Mit dem Entstehen der neuen Körperschaft gehen die Rechte und Berbindlichkeiten der aufgelösten Körperschaft auf die neue über, soweit deren Satzung es bestimmt.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungs= mäßigen Rechte des Staatsrats find gewahrt.

Berlin, den 9. Januar 1929.

Das Preußische Staatsministerium.

Steiger.

jur Tilgung ber Schuld aufgewendeten ober auf bewilligte Kredite verrechneten Beträge auguleven (Rr. 13396.) Gefet jur Abanderung bes Preufischen Wohnungsgesetes bom 28. Marg 1918 (Gejegjamml. S. 23) in der Faffung des Gejeges bom 4. Februar 1927 (Gejegjamml. S. 13). Bom 11. Januar 1929. mi ungi sachung and in die and statist mich

recommo and bewilligte Argoite verwendet werden. Als erfvarte Linien find 5 vom Hundert der

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Paragraph.

Im Artifel 2 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (Gesetsamml. S. 23) in der Fassung des Gesetzes vom 4. Februar 1927 (Gesetziamml. G. 13) werden an Stelle der Worte "bis jum 31. Dezember 1928" die Worte "bis zum 31. Dezember 1930" gesett.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungs= mäßigen Rechte des Staatsrats find gewahrt.

Berlin, den 11. Januar 1929.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Sirtfiefer.

(Rr. 13397.) Gesetz zur Anderung des Gesetzes über die Form der Auflassung bom 13. Mai 1918 (Gesetziamml. S. 51). Bom 11. Januar 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Paragraph.

§ 2 des Gesetzes über die Form der Auflassung vom 13. Mai 1928 (Gesetzsamml. S. 51) wird aufgehoben.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die versassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 11. Januar 1929.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Schmidt.

(Rr. 13398.) Geset über die Bereitstellung bon Staatsmitteln zur berstärften Förderung bon Magnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge. Bom 13. Januar 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

minutannin a dul § 101 . Refe De t eine

Dem Staatsministerium wird ein Betrag von 150 Millionen Reichsmark zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zur Berfügung gestellt.

\$ 2.

- (1) Der Finanzminister wird ermächtigt, die im § 1 bewilligten Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen.
- (2) Die Schuld ist in der Art zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Hundert des aufgenommenen Schuldkapitals und die ersparten Zinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld oder zur Berrechnung auf bewilligte Kredite verwendet werden. Als ersparte Zinsen sind 5 vom Hundert der zur Tilgung der Schuld aufgewendeten oder auf bewilligte Kredite verrechneten Beträge anzuseten.
- (3) Zur Berzinsung und Tilgung der Schuld sind alle Rückzahlungen und Zinsen auf Darlehen aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu verwenden.
- (4) Übersteigt die Summe der im Abs. 3 erwähnten Rückahlungen und Zinsen die Summe der für die Schuld aufzuwendenden Zinsen und Tilgungsbeträge, so ist der Mehrbetrag zur weiteren Tilgung der Schuld zu verwenden.
- (5) Die im § 1 zur Berfügung gestellte Summe erhöht sich um den Beitrag, den das Reich für seine Beteiligung an den Kosten der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu zahlen hat.

\$ 3.

Die Ausführung dieses Gesetzes liegt dem Minister für Volkswohlfahrt und dem Finanzminister ob.

\$ 4.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Berkundung in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 13. Fanuar 1929.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Sirtsiefer.

Höpter Aschoff.

## Befanntmachung.

Rach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) find bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 5. September 1928 über die Genehmigung zur Erweiterung des Gesellschaftszwecks der Elmshorn-Barmstedt-Oldesloer Eisenbahn-Aktiengesellschaft

burch das Umtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 52 S. 423, ausgegeben am 29. Dezember 1928;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 5. Dezember 1928 über die Genehmigung des XXXV. Nachtrags zu den Neuen Satzungen der Landschaft der Provinz Sachsen

durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Rr. 1 S. 1, ausgegeben am 5. Januar 1929.

Die amtlich genehmigte

## Einbanddede zur Preußischen Gesetsiammlung

Jahrgang 1928

liegt vor. Bestellungen sind an den Berlag zu richten.

Preis 1,50 R.In. ausüglich Berfanbipefen.

Bon den Jahrgängen 1920—1927 hält der Berlag in die amtlich genehmigte Einbanddede gebundene Stude vorrätig. Bezug nur dirett vom Berlage.

Berlin W. 9 Linticage 35 R. von Deder's Berlag (G. Schend)

Abteilung Breufische Gesepjammlung.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Gerruckt von der Preußischen Druckereis und Verla sellsteingesellschaft, Berlin.

Verlag: R. von Deder's Berlag (G. Schencf), Berlin B. 9, Linkstraße 35. (Postscheckfonto Berlin 9059.) Den laufenden Bezug ber Preußischen Gesetsammlung vermitteln nur die Koftanftalten (Bezugspreis 1,05 MM. vierteljährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) tonnen unmittelbar vom Berlage und durch den Buchhandet bezogen werden. Breis für den achtseitigen Bogen 20 Apf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. Heisermäßigung.